

STADT VELBERT

NIEDERSCHRIFT

über die **Sitzung des Bezirksausschusses V.-Mitte**
am **Dienstag, dem 23.01.2018.**

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 18:40 Uhr

Sitzungsort: Saal Velbert, Rathaus, Thomasstraße 1, 42551 Velbert

Unter Vorsitz des Ausschussvorsitzenden, Ratsmitglied Herrn Hans Küppers, waren anwesend:

a) die Ausschussmitglieder

Herr Auer	für Herrn Feist-Lorenz
Herr Coen	
Frau El Ghanou	ab TOP 2
Herr Heuser	für Frau El Ghanou bis TOP 2
Herr Jörg	für Herrn Malanda
Frau Klewer	für Herrn Manck
Herr Naudzus, Steffen	für Herrn Hegemann
Herr Otterbeck	
Herr Rahn	
Herr Schorn	
Herr Seier	
Herr Simpich	
Herr Spiekermann	
Herr Weißgerber	
Herr Wieseke	für Frau Zander

beratendes Mitglied

Herr Spiecker

b) beratendes Ratsmitglied

Herr Schwarz	Ratsmitglied
--------------	--------------

c) von der Verwaltung

Frau Möller	Abtl. 3.1
Herr Sulimma	TBV AöR

d) von der Presse

Frau Sczabo	WAZ / Velberter Zeitung
-------------	-------------------------

e) als Schriftführer

Herr Frege

Stabsstelle 01

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt eine form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er schlägt vor, den TOP 11.2 (Anfrage der Piratenfraktion – Bushaltestelle Weißdornstraße – direkt im Anschluss an den TOP 1 zu behandeln. Bei zukünftigen Sitzungen werde es in der Tagesordnungen einen neuen ständigen Tagesordnungspunkt „Anfragen“ geben.

Die Protokollierung in dieser Sitzung erfolgt wegen der besseren Übersichtlichkeit in der Reihenfolge der übersandten Einladung. Hierzu erfolgen keine Einwendungen; anschließend genehmigt der Ausschuss folgende Tagesordnung:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Fragestunde für Einwohner
2. Entwicklung einer Klimaschutzsiedlung im Bereich des Bebauungsplans Nr. 645 - Fontanestraße -
3. Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 710.03 - Sportpark Industriestraße - 2. Änderung -
Hier: Stellungnahme des Kreises Mettmann vom 13.11.2017 (Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB)
4. Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 710.03 - Sportpark Industriestraße - 2. Änderung -
Hier: Stellungnahme des Landesbetriebs Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen.NRW) vom 14.11.2017 und vom 14.12.2017 (Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB)
5. Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 710.03 - Sportpark Industriestraße - 2. Änderung - als Satzung
6. Beschlussfassung über die Aufstellung der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich - Kettwiger Straße -
7. Antrag der Fraktion Velbert anders
-Taxizentrale Velbert-Mitte, Mettmanner Straße-
- 7.1 Antrag der Fraktion Velbert anders
-Taxizentrale Velbert-Mitte, Mettmanner Straße-
Bericht der Verwaltung
8. Anfragen in Verkehrsangelegenheiten
9. Bericht der Verwaltung über geplante Baumentnahmen
10. Berichtswesen
11. Nachträge
- 11.1 Antrag der Fraktion UVB
Reitwege
- 11.2 Anfrage der Piraten Fraktion
- Bushaltestelle Weißdornstraße -
12. Mitteilungen der Verwaltung
13. Verschiedenes

B. NICHTÖFFENTLICHE SITZUNG

14. Nachträge
15. Mitteilungen der Verwaltung
16. Verschiedenes

17. Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts von in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüssen

Vor Eintritt in die Tagesordnung verpflichtet der Vorsitzende in feierlicher Form Herrn Heuser. Die Ausschussmitglieder erhoben sich von Ihren Plätzen. Herr Heuser gab folgende Erklärung ab:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehme, das Grundgesetz, die Verfassung und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde.“

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Fragestunde für Einwohner

Von der Tochter einer anwesenden Familie wird die Frage an den Ausschuss gerichtet, warum zurzeit in Velbert so viele Bäume (insbesondere entlang der Autobahn oder in Siedlungsbereichen) gefällt würden. Es sei doch klar, dass diese Bäume Sauerstoff produzierten und damit für alle Menschen sehr wichtig seien.

Seitens der Verwaltung wird erklärt, dass grundsätzlich dem jeweiligen Bezirksausschuss eine Liste der zu fällenden Bäume zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Hierin seien auch die Ersatzpflanzungen mit ihren Standorten aufgeführt.

Bezüglich der Fällung der Bäume entlang der Autobahn weist die Verwaltung darauf hin, dass hier der Landesbetrieb Straßen NRW zuständig sei. Diese Durchforstungsarbeiten basierten insbesondere auf Verkehrssicherungsmaßnahmen.

Der Vertreter der TBV AÖR schlägt vor, dass die Edina und Ihre Freunde den Technischen Betrieben Velbert eine Aufstellung über ihrer Meinung nach wichtige Baumstandorte übersenden. Diese werde dann bearbeitet und gegebenenfalls bei den anstehenden Projekten berücksichtigt.

Der Vorsitzende dankt der Familie für ihr Kommen und der Tochter für couragiertes Auftreten. Er bietet an, jederzeit nach Vereinbarung für ein Gespräch zur Verfügung zu stehen.

2. Entwicklung einer Klimaschutzsiedlung im Bereich des Bebauungsplans Nr. 645 - Fontanestraße -

Vorlage: 485/2017

Die Verwaltung führt in die Thematik ein und erläutert die Ziele und die möglichen Umsetzungen einer Klimaschutzsiedlung. So ließen sich die Ziele des Energie- und Klimakonzeptes sowie die Ziele der Stadtentwicklung mit den vorgeschlagenen Rahmenbedingungen auf der Fläche an der Fontanestraße ideal realisieren.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen begrüßt diese Maßnahme als sehr sinnvoll, weist aber darauf hin, dass diese nur umgesetzt werde wenn Fördermittel bereitgestellt würden. Ferner seien in der Planskizze keine Flächen für z. B. einen Spielplatz oder einen Bolzplatz (zurzeit vorhanden) vorgesehen.

Von der Verwaltung wird hierauf ausgeführt, dass das Thema „Spielmöglichkeiten“ im weiteren Planungs- und Verfahrensablauf berücksichtigt würde. Weiterhin sei der Aufstellungsbeschluss als Auftrag an die Verwaltung zu verstehen, mit den Planungen zu beginnen. Die beigefügte Skizze sei nur beispielhaft und stelle noch kein fertiges Bauungskonzept dar.

Der Sprecher der Fraktion Die Linke spricht sich ebenfalls für die Errichtung einer Klimaschutzsiedlung aus, weist jedoch darauf hin, dass in diesem Zusammenhang nicht wieder Reihen und Einfamilienhäuser errichtet werden sollten, sondern Mehrfamilienhäuser

mit bezahlbarem Wohnraum. Ferner regt er an, weitere Klimaschutzsiedlungen zu planen.

Seitens der Verwaltung wird erläutert, dass zunächst Erfahrungen mit einer ersten Klimaschutzsiedlung gesammelt werden sollten, um dann zu entscheiden, ob weitere Formate entwickelt werden sollten. Wichtig für eine solche Siedlung sei auf jeden Fall eine integrierte Lage.

Der Vorsitzende weist auf die Nähe der geplanten Klimaschutzsiedlung zum Einzelhandel sowie die Anbindung durch öffentliche Verkehrsmittel hin.

Von einem Sprecher der CDU-Fraktion wird festgestellt, dass seine Fraktion diese Planung grundsätzlich ebenfalls begrüße. Dennoch seien folgende Fragestellungen noch unklar:

1. Können die Objekte einzeln vermarktet werden, oder ist die Gründung einer Eigentümergemeinschaft (siehe Schnappstüber) erforderlich?
2. Wie sieht die Planung von Parkflächen für Autos aus. Aus der Skizze ist dies nicht zu entnehmen.
3. Ist eine einheitliche Gebäudegestaltung vorgesehen?
4. Um die Fläche sind eine Reihe Mehrfamilienhäuser vorhanden. Die Entwicklung in Richtung Eigentum erscheint sinnvoll.

Die Verwaltung gibt folgende Erläuterungen zu den vorgenannten Fragen:

Zu 1.: Diese Frage sei noch nicht abschließend geklärt. Vorstellbar sei jedoch eine Eigentümergemeinschaft in Bezug auf die Heizungsanlage (über vertragliche Regelungen).

Zu 2.: Grundsätzlich seien noch viele Fragen zu klären. Zu den Parkflächen für PKW gebe es z.B. die Überlegung, diese unterirdisch anzulegen.

Zu 3.: Einheitliche Gebäudegestaltung bedeute nicht, dass alle Gebäude gleich aussehen müssten. Eine Abstimmung aufeinander sei aber erforderlich.

Zu 4.: Der Hinweis werde bei den weiteren Planungen berücksichtigt.

Der Sprecher der FDP-Fraktion weist darauf hin, dass noch nicht abschließend geklärt sei, ob nicht ein weiterer Schulstandort notwendig sei.

Auch ein Sprecher der SPD-Fraktion weist auf diese Problematik hin.

Vom Vorsitzenden wird ergänzt, dass dem Rat der Stadt bekannt sei, dass Schulen benötigt würden. Zurzeit werde an der Kastanienallee eine neue Schule errichtet.

Ein Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erkundigt sich, ob lediglich „Passivhäuser“ geplant seien oder eine Mischung von verschiedenen Gebäudetypen vorgesehen sei.

Die Verwaltung antwortet hierauf, dass dies noch nicht endgültig entschieden sei. Man werde die Beratung durch die Klimaagentur in Anspruch nehmen.

Von einem weiteren Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird nachgefragt, warum nicht das Baugebiet an der Kastanienallee als Klimaschutzsiedlung ausgewiesen sei.

Die Verwaltung verweist hier auf das bereits weit fortgeschrittene Verfahren. Für dieses Gebiet seien dennoch energetisch optimierte Lösungen vorgesehen (z.B. Blockheizkraftwerk etc.).

Sodann stellt der Vorsitzende folgenden Beschluss zur Abstimmung:

Bei der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 645 – Fontanestraße – soll das Ziel verfolgt werden, dort eine Klimaschutzsiedlung zu realisieren und das Projekt bei der Energieagentur.NRW für das Programm „100 Klimaschutzsiedlungen in NRW“ anzumelden.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür,
1 dagegen (FDP),
2 Enthaltungen (Bündnis 90 / Die Grünen)

3. **Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 710.03 - Sportpark Industriestraße - 2. Änderung - Hier: Stellungnahme des Kreises Mettmann vom 13.11.2017 (Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB)**
Vorlage: 486/2017

Es ergeht folgender Beschluss:

Die Stellungnahme des Kreises Mettmann wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4. **Beschlussfassung über Stellungnahmen zum Bebauungsplanentwurf Nr. 710.03 - Sportpark Industriestraße - 2. Änderung - Hier: Stellungnahme des Landesbetriebs Straßenbau Nordrhein-Westfalen (Straßen.NRW) vom 14.11.2017 und vom 14.12.2017 (Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 2 BauGB)**
Vorlage: 487/2017

Vom beratenden Ratsmitglied der Piraten-Fraktion wird die Frage gestellt, ob der Landesbetrieb Straßen NRW beabsichtigt, die Abfahrt von der A 535 zum Sportzentrum zu ändern.

Von der Verwaltung wird hierzu ausgeführt, dass sie über die Absichten des Landesbetriebes nicht informiert sei. Seitens der TBV AöR werde keine Handlungsnotwendigkeit gesehen.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Stellungnahme des Landesbetriebs Straßenbau NRW – Autobahnniederlassung Krefeld vom 14.11.2017 wird dahingehend gefolgt, dass dem Landesbetrieb Straßenbau NRW eine aktualisierte Verkehrsuntersuchung vorgelegt wird („Ergänzende Verkehrsuntersuchung für das geplante Sportzentrum in Velbert“ vom 20.06.2017; Rudolf Keller Verkehrsingenieure GmbH). Die Stellungnahme des Landesbetriebs Straßenbau NRW – Autobahnniederlassung Krefeld vom 14.12.2017 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür,
1 dagegen (Die Linke),
0 Enthaltungen

5. Beschlussfassung über den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 710.03 - Sportpark Industriestraße - 2. Änderung - als Satzung

Vorlage: 488/2017

Die Sprecher der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen sowie der Fraktion Die Fraktion Die Linke erläutern die Ablehnungsgründe ihrer Fraktionen.

Auf die Frage der CDU-Fraktion-Fraktion, ob genügend Parkflächen geplant seien, entgegnet die Verwaltung, dass von max. 5.000 Zuschauern ausgegangen werde und die Parkflächen dafür nicht ausreichten. Jeder Veranstalter sei verpflichtet eine Verkehrskonzept zur Einzelfallgenehmigung (Shuttle Service etc.) einzureichen.

Abschließend fasst der Bezirksausschuss Velbert-Mitte folgenden

Beschluss:

1. Den Abwägungsvorschlägen der Beteiligungen der Öffentlichkeit, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (1) und (2) sowie § 4 (1) und (2) BauGB, dargelegt in Teil III der Planbegründung, wird gefolgt.
2. Der Begründung gemäß § 9 Absatz 8 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 710.03 –Sportpark Industriestraße - 2. Änderung – wird zugestimmt.
3. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst die folgenden Grundstücke der Gemarkung Velbert, Flur 26: Flurstück Nr. 823; 1019; 1020; 1051; 1052; 1196; 1197; 1239 tlw.; 1242 tlw.; 1243; 1324; 1325 und 1327.
4. Der Bebauungsplan Nr. 710.03 – Sportpark Industriestraße - 2. Änderung – wird gemäß § 10 Absatz 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Beratungsergebnis: 9 Stimmen dafür,
5 dagegen (2 Bündnis90 / Die Grünen; 1 Die Linke; 1 UVB; 1 FDP)

6. Beschlussfassung über die Aufstellung der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes im Bereich - Kettwiger Straße -

Vorlage: 490/2017

Die Verwaltung führt in die Thematik ein und erläutert Ziel und Anlass der Überlegungen. Hierzu verweist sie auf die Vorlage. Sie stellt fest, dass die Fläche nach dem Flächennutzungsplan als Gemeinbedarfsfläche für die Stadtwerke ausgewiesen sei. Im Regionalplan sei die Fläche als Allgemeiner Siedlungsbereich verzeichnet.

Ein Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen weist auf einen Zeitungsartikel und die hierin angesprochenen Synergien mit den TBV hin.

Der Sprecher der Fraktion Die Linke spricht eventuelle Verkaufserlöse an und stellt die Frage, ob aufgrund der bestehenden Beteiligungen an diesen Erlösen auch RWE / Innogy profitierten. Ferner sei es doch zielführend, wenn bereits eine Orientierung Richtung TBV angedacht sei, auch eine Fusionierung der TBV mit den Stadtwerken ins Auge zu fassen.

Beschluss:

1. Die Aufstellung der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes wird beschlossen. Der Geltungsbereich der Änderung ist aus der Zeichnung ersichtlich, die Bestandteil dieses Beschlusses ist.
2. Die 10. Änderung des FNP ersetzt bei Wirksamwerden in ihrem Geltungsbereich die Darstellungen des Flächennutzungsplanes.
3. Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung ist gemäß § 3 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der vom Rat der Stadt Velbert am 15.03.2005 beschlossenen Richtlinien durchzuführen.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür,
4 dagegen (2 Bündnis 90 / Die Grünen; 1 Die Linke; 1 FDP
0 Enthaltungen

**7. Antrag der Fraktion Velbert anders
-Taxizentrale Velbert-Mitte, Mettmanner Straße-
Vorlage: 7/2018**

Antrag:

1. Die Taxizentrale wird angewiesen, das Bedienen von Taxen durch das zur Mettmanner Straße gelegene Fenster zu unterlassen.
2. Die Umsetzung dieser Anweisung erfolgt kurzfristig bis zum 01.02.2018.

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

**7.1 Antrag der Fraktion Velbert anders
-Taxizentrale Velbert-Mitte, Mettmanner Straße-
Bericht der Verwaltung
Vorlage: 7/2018 1. Ergänzung**

Beschluss:

1. Die Taxizentrale wird angewiesen, das Bedienen von Taxen durch das zur Mettmanner Straße gelegene Fenster zu unterlassen.
2. Die Umsetzung dieser Anweisung erfolgt kurzfristig bis zum 01.02.2018.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

8. Anfragen in Verkehrsangelegenheiten

Anfragen in Verkehrsangelegenheiten liegen nicht vor.

9. Bericht der Verwaltung über geplante Baumentnahmen

Es liegt kein Bericht vor.

10. Berichtswesen

Zu Nr. 2 des Berichtswesen ist festzuhalten, dass das Schild gereinigt wurde, ein Austausch dennoch vorgesehen ist.

11. Nachträge**11.1 Antrag der Fraktion UVB
Reitwege**

Vorlage: 20/2018

Die Verwaltung berichtet, dass in dieser Angelegenheit noch Abstimmungsgespräche zwischen dem Kreis und der Stadt zu führen seien. Über die Ergebnisse werde der Ausschuss informiert. Sodann nimmt der BZA Velbert-Mitte den nachstehenden Antrag zur Kenntnis

Die Verwaltung möge bitte mitteilen, ob in Velbert-Mitte seit Jahresbeginn rein rechtlich überall das **Reiten auf privaten und öffentlichen Wegen** erlaubt ist. Sollte dies der Fall sein, so möge die Verwaltung bitte prüfen, ob für gewisse Gebiete das Reiten durch Allgemeinverfügung verboten werden sollte (z.B. Wege im Offerbusch, Herminghauspark, Langenhorster Wald).

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**11.2 Anfrage der Piraten Fraktion
- Bushaltestelle Weißdornstraße -**

Vorlage: 23/2018

Ein Sprecher der Piraten-Fraktion erläutert den Zweck der Anfrage und verweist im Übrigen auf die Vorlage.

Seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass es sich bei der angesprochenen Wartehalle und dem Schaukasten um Eigentum der Firma Stroer GmbH handele und eine Unterhaltungszuständigkeit durch die TBV AöR nicht bestehe. Angaben zu den Unterhaltungsintervallen der Firma dsm / Stroer seien nicht bekannt.

Auf eine Anfrage des Vorsitzenden zu den Eigentumsverhältnissen an den Ortsbuslinien, teilt die Verwaltung mit, dass an den „Haupttrouten“ die Wartehäuschen der dsm / Stroer gehörten. Dennoch solle bei Reklamationen und Hinweisen immer auch die TBV AöR informiert werden; die diese dann weiterleiten.

Anfrage der Piratenfraktion:

1. Wer ist Eigentümer dieser Wartehalle und für den ordnungsgemäßen Zustand der Wartehallen bzw. der Werbeschaukästen verantwortlich?
2. Werden die Wartehallen regelmäßig gewartet und überprüft? Wenn ja durch wen?
3. Warum wurde dieser Werbeschaukasten nicht repariert?

Beratungsergebnis: Ohne Abstimmung

12. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

13. Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen.